



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/255 - 11. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Das VI. Deutsch-Französische Gespräch</u> Dynamische Politik des Westens gefordert	73
3	<u>Ein Brief an die Pommerische Landsmannschaft</u> Von Fritz Sänger, MdP	42
4	<u>Die Mauer</u> Eine Berliner Ausstellung über die Schande der Trennung der Stadt	41
5	<u>Muttermilch versiegt zu früh</u> Eine alarmierende Erscheinung Von Bruno Kuster	48
6 - 7	<u>Magarebinische Einigung, Traum oder Wirklichkeit?</u> (II und Schluss) Von Werner Plut	84

\* \* \*  
\* \*

1961/11/11  
134

Das VI. Deutsch-Französische GesprächDynamische Politik des Westens gefordert

G.M. - Bereits am ersten und zweiten Tage des VI. Deutsch-Französischen Gesprächs in Bad Godesberg zeigte sich die Einmütigkeit der Diskussionsteilnehmer in der Feststellung, dass der von den Sowjets geprägte Begriff "friedliche Koexistenz" nicht das Ziel der Politik des Ostens sei. Vielmehr, so wurde dargelegt, glaubten wohl die Sowjets mit Hilfe der "friedlichen Koexistenz" die im Augenblick ihnen am günstigsten erscheinenden Voraussetzungen für die Verbesserung ihrer diplomatischen, politischen und militärischen Position in der ganzen Welt zu erreichen. "Friedliche Koexistenz" bedeutet also nicht "Status quo", sondern die Umschreibung für die stets dynamische Politik des Weltkommunismus. Hierin unterscheiden sich die Sowjets kaum von irgend einer anderen Macht. "Status quo" gibt es nicht, weil der Zustand des Beharrens der Verzicht auf das Leben selbst ist.

Militärische Bereitschaft allein genügt nicht

Aber gerade diese Gemeinsamkeit führte die Diskussionsteilnehmer zu der Fragestellung, ob der Westen als Ganzes in der Lage ist, dem sowjetischen Dynamismus ebenfalls mit einer dynamischen Politik zu begegnen, die nicht zum Kriege führt. Das Ergebnis solcher Überlegungen war eher negativ. Soweit es sich um die militärische Seite der Entwicklung des Widerstandswillens und einer gewissen Dynamik handelt, konnten mehrere Diskussionsteilnehmer auf eine Bilanz verweisen, die - wenn man den "äussersten Fall" voraussetzt - einigermaßen gleichgewichtig erscheint. Aber auch in diesem Punkt kam sofort danach die Feststellung, dass der Einsatz "gleichwertiger Mittel" voraussichtlich weder einen Sieger noch einen Besiegten, sondern nur die allgemeine Katastrophe zur Folge haben würde. Damit fielern die militärischen Betrachtungen unter den Tisch und drängender denn je stellte sich die Frage nach einer wirkungsvollen gemeinsamen Politik des Westens.

"Die eigentliche Gefahr"

Ein Diskussionsredner meinte - übrigens unwidersprochen - die eigentliche Gefahr für den Westen sei das Wissen Chruschtschows, dass es mehrere Arten von westlicher Politik gibt. Entsprechend den Beschlüssen des XXII. Parteitages der KPdSU könne er infolgedessen mit dem politischen Instrumentarium der "friedlichen Koexistenz" ihm wichtig erscheinende Ziele anstreben, ohne Atombomben einsetzen zu müssen. An diese

Überlegung schloss sich die gemeinsame Forderung der Diskussionsteilnehmer, dass die einzelnen Staaten oder Gruppen des westlichen Bündnis-systems Sonderwünsche im Interesse des Ganzen zurückstellen müssten.

### Berlin - kein isoliertes Problem

Natürlich war auch vom Berlin- und Deutschlandproblem die Rede. Erfreulicherweise gab es zwischen Franzosen und Deutschen auch hier keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten. Es wurde erkannt, dass die Berlinfrage kein isoliertes Problem sei und jeder Versuch ihrer Lösung in der Rahmen von Verhandlungen über das allgemeine Ost-West-Verhältnis gestellt werden müsse.

### "Disengagement"?

Ohne sich auf den Begriff "Disengagement" festzuliegen, meinten mehrere Diskussionsteilnehmer, es sei erwägenswert, ob eine regional begrenzte und die Verteidigungskraft des Westens nicht schwächende Rüstungsbeschränkung Ansätze für die politische Entspannung bieten könnte. Hierbei blieb allerdings die Frage offen, welche militärtechnischen Veränderungen seit der Diskussion über den Rapacki-Plan eingetreten seien, von denen man annehmen könne, dass eine regional begrenzte Rüstungseinschränkung nicht zu einer Schwächung des Westens führen müsse. - Im Gegensatz zu Diskussionen ähnlicher Art vor mehreren Jahren präziserte sich jedoch der Wunsch, auch diese Frage gewissenhafter zu erörtern als damals.

### Keine Vorbehalte mehr

Dem Teilnehmer am VI. Deutsch-Französischen Gespräch erscheint bemerkenswert, dass man diesmal weniger über das deutsch-französische Verhältnis, als vielmehr über die Koordinierungsmöglichkeiten der westlichen Politik sprach, "ohne die es keine dynamische westliche Politik geben kann". Früher oft gestellte Fragen, ob man sich "auf die Deutschen verlassen" könne, Fragen, bei denen alte Ressentiments zum Durchbruch kamen, wurden diesmal nicht gestellt.

Das ist ein bemerkenswerter Fortschritt, der zeigt, dass die deutsch-französische Übereinstimmung trotz zahlreicher eigener Sorgen in jedem Land dominiert. Es war diesmal in Bad Godesberg nicht mehr die Rede von einem "deutschen" oder "französischen Weg"; alle in der Diskussionsbeiträgen geäußerten Meinungen mündeten in der Forderung nach der westlichen Gemeinschaft ein, die - was Europa anbetrifft - auf der Grundlage eines durch nichts zu erschütternden deutsch-französischen Verhältnisses beruht.

Ein Brief an die Pommersche Landsmannschaft

Von Fritz Sänger, MdB

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Sänger hat an die Hauptgeschäftsführung der Pommerschen Landsmannschaft folgenden Brief geschrieben:

"Sehr geehrter Herr Radtke,

Sie hatten die Freundlichkeit, mir Kenntnis von dem Schreiben zu geben, das der Sprecher unserer Landsmannschaft, Herr Dr. Eggert, am 21. Oktober an die Fraktion der SPD im Bundestag richtete und in dem er meine politischen Freunde (und mich) auffordert, "der Tatsache eingedenk zu sein", daß eine Grenzregelung für unser Vaterland "nur in einem Friedensvertrag mit einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands erfolgen kann" und daß "Deutschland völkerrechtlich in den Grenzen von 1937 fortbesteht".

Ich brauche mich zu beiden Feststellungen nicht mehr zu äußern, so glaube ich, denn ich bin Mitglied unserer Landsmannschaft, und ich weiß um die Sorge um unsere gemeinsame Heimat.

Was mich aber umso mehr beschäftigt, das ist das Wie, diesen Auffassungen Geltung und Anerkennung zu verschaffen. Im letzten Satze des Schreibens des Herrn Dr. Eggert wird ein richtiger Weg gewiesen. Dort heißt es: "Der Vorstand der Pommerschen Landsmannschaft ist im übrigen angesichts der Notlage, in der sich unser deutsches Volk befindet, mit Ihnen der Auffassung, daß eine Allparteienregierung geboten ist". Es genügt nicht, so möchte ich dazu sagen, eine solche Auffassung nur mitzuteilen, die Landsmannschaft und alle Deutschen, die sie teilen, müssen darum bemüht sein, sie zu verwirklichen. Dem Prinzip der parteipolitischen Unabhängigkeit würde es keinesfalls widersprechen, wenn die Landsmannschaft aus ihren Einsichten, Überlegungen und Förderungen hergeleitet die Förderung nach einer Allparteienregierung laut und hörbar für alle, auch für die Verantwortlichen in den Koalitionsparteien, erheben würde und wenn sie mit allem Nachdruck diese wirklich unersetzliche Vorbedingung für eine erfolgreiche außenpolitische Arbeit durchzusetzen bemüht bliebe. Wenn man nicht in Deklamationen steckenbleiben will, maß man reale politische Handlungen vollziehen und braucht sich damit keinesfalls in Abhängigkeiten zu begeben. Je entschiedener wir Pomern die Beachtung unserer deutschen Interessen von unseren Freunden in anderen Ländern und von den Verantwortlichen auch in den Ländern des Ostblocks erwarten, umso eindeutiger müssen wir hier bei uns die Voraussetzungen für eine vernunftige Politik schaffen. Die Allparteienregierung wäre mindestens nötig.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Fritz Sänger"

### Die Mauer

H.G.S. - Selten hat eine Ausstellung ihre zahlreichen Besucher so erschüttern können, wie die Berliner Foto- und Dokumentarerausstellung im Amerika-Haus am Zoo. Sie trägt den Titel "Die Mauer" und berichtet fotografisch von der Absperrung seit dem 13. August und den daraus resultierenden Folgen für die Berliner, für alle Deutschen.

Das Amerika-Haus wurde noch bis vor wenigen Wochen täglich von Tausenden Ostberlinern besucht, die hier eine Quelle der Information aus der Freien Welt, der Entspannung, der Freude und der stillen Menschlichkeit vorfanden. Wenn General Clay in dieser Ausstellung sagte, "daß so etwas überhaupt möglich ist, sollten wir niemals vergessen", so traf er wohl die Stimmung aller der von den Ereignissen bedrückten Besucher. Er sagte weiter: "Wir sollten es niemals vergessen, bis alle Menschen in der Welt wieder frei sind. Wir werden weder die Mauer vergessen noch die Hoffnung aufgeben, daß sie eines Tages niedergedrückt und Berlin vereinigt werden wird".

Mit befangenem Blick sahen die Besucher dieser Ausstellung die leeren Tische und Stühle, an denen sonst täglich ihre Freunde aus dem Osten gesessen hatten, heißhungrig die freien Zeitungen des Westens lesend, die gegenüber denen ihrer Zone geradezu als Postillen freier Meinungen gelesen und verstanden werden konnten.

Das Amerika-Haus in Berlin hat eine Schau von 4000 Meisterfotografien zusammengebracht, die alles das schildern, was sich an dieser schändlichen chinesischen Mauer innerhalb Berlins an Tragik und Entsetzen abspielt. Es ist eine Kunde, die die Welt alarmieren muß, sie sollte nach der Berliner Ausstellung nicht nur in alle größeren Städte der Bundesrepublik gehen, sondern auch ins Ausland.

Auf einem Tisch liegt eine Karte von ganz Berlin, der Stacheldraht zieht sich provozierend durch den Stadtplan hin, an neun Stellen sind schwarze Kreuze eingezeichnet, hier starben bereits Bewohner des Ostens auf der Flucht den Tod an der Mauer. 154 Kilometer ist die Grenze lang, die Westberlin einzäunt. 43 Kilometer lang durchschneidet die Grenze die Stadt, indem sie sie in zwei Teile zerlegt. 25 Kilometer ist die Mauer lang, die übrigen Kilometer stehen Stacheldraht und doppelte sowie dreifache Spanische Reiter.

Die menschlichen Szenen der Tragik sind mit Worten nicht so zu malen, wie es das Dokumentarfoto festgehalten hat, Szenen der Verzweiflung. Und dann ein Satz aus der "Verfassung der DDR", Artikel 8: "Persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Postgeheimnis und das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen, sind gewährleistet. Kommunistische Dialektik! Wie Hohn klingen diese Worte vor der Mauer in Berlin, die die Schande dokumentiert.

### Muttermilch versiegt zu früh

B.K. - Die internationalen Gesundheits- und Ernährungsspezialisten stellen mit Besorgnis eine neue Gefährdung der unterernährten Bevölkerung, die bekanntlich die Mehrheit der Menschheit ausmacht, fest: die Mütter können ihre Säuglinge weniger lange stillen als bisher. Diese alarmierende Erscheinung wird auf verschiedene, teils widersprüchliche Ursachen zurückgeführt: die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, die sich in den zurückgebliebenen Ländern gegenwärtig abspielen, werden sich in langer Sicht auf die Bevölkerung zwar wohltuend auswirken. Im Augenblick jedoch zerstören sie die überlieferten Lebensgewohnheiten und -grundlagen. Immer mehr Frauen werden in den Arbeitsprozeß hineingezogen; sie leben in einem Zustand der Angst und Unsicherheit, ungewohnter körperlicher und psychischer Ermüdung, was in einem auffälligen Rückgang der Stillfähigkeit zum Ausdruck kommt.

Bei den sogenannten zivilisierten Völkern ist es schon lange üblich, die Periode, während welcher die Neugeborenen ausschließlich von Muttermilch leben, abzukürzen. Diese kann durch andere Nahrungsmittel mehr oder weniger vollwertig ersetzt werden. Völlig anders verhält es sich jedoch in jenen Gebieten, wo die Nahrung an und für sich schon eine Art "Luxus" darstellt, und Produkte, welche die Muttermilch ablösen könnten, praktisch ganz einfach fehlen oder unerschwinglich sind. Hier ist die Muttermilch die einzige Nahrung, welche die Kleinkinder über die kritischen beiden ersten Lebensjahre hinwegzuretten vermag. Wenn nun die Stillfähigkeit der Frauen von 24 auf sechs Monate zurückgehen sollte, gibt es für die Säuglinge kein Ersatz-Nahrungsmittel, das sie am Leben erhalten könnte. "Man beobachtet die Auswirkung einer solchen Entwicklung auf die Kinder, die ohnehin während der späteren Lebensjahre fast ständig dem Hunger ausgesetzt sind, mit schwerer Besorgnis", erklärte Dr. Jelliffe, Professor für Pädiatrie am Medizin-Kollegium in Makerere (Uganda).

Ein weiterer Umstand erschwert noch die Lage: die Saugflasche als Ersatz der Mutterbrust wird in den fraglichen Gebieten in einer Weise verwendet, daß sie zum größten Feind des Säuglings wird. Nicht oder nur schlecht gewaschen, gefüllt mit einem zweifelhaften Getränk aus ungekochtem Wasser verursacht diese Errungenschaft der Zivilisation bei den Kleinen entsetzlichen Durchfall, der oft zum Tode führt. Infolge eines rührenden, aber verhängnisvollen Snobismus, der die Milchflasche als Inbegriff des sozialen Aufstieges erscheinen läßt, wird sie leider von immer mehr Müttern auch dann verwendet, wenn sie noch mit Stillen fortfahren könnten.

Angeichts dieser Tatsachen sehen sich die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) gezwungen, unverzüglich Notmaßnahmen in die Wege zu leiten. Die Aktion muß gleichzeitig auf verschiedenen Fronten geführt werden: Schaffung neuer Proteinquellen (Einrichtung von Milchfabriken), Einführung vollwertiger Ersatzprodukte, Aufklärung der Mütter über Hygiene und Kinderpflege, Familien- und Sozialfürsorge, Aufklärung über den vernünftigen Gebrauch der Errungenschaften der Zivilisation... Die vom UNICEF im letzten Jahrzehnt in über 70 Ländern errichteten 20 000 Gesundheitszentren, Kliniken und Mütterberatungsstellen sind nur ein Anfang, soll das große Säuglingssterben verhindert werden.

Maghrebische Einigung, Traum oder Wirklichkeit? (II und Schluss)

Von Werner Plum

2. Innen- und Aussenpolitik

Kein nordafrikanischer Politiker würde der maghrebischen Einigung offen widersprechen, so wenig wie sich ein Deutscher der deutschen oder ein westeuropäischer Politiker der europäischen Einigung widersetzen würde. Dennoch hat auch im Maghreb jeder sein eigenes Konzept.

Schlüsselfigur der Einigung Nordwestafrikas ist Algerien. In Rabat und in Tunis geht eine Frage um: "Wird der Maghreb mit Algerien oder durch Algerien geeinigt?" Das will heissen: Werden sich in diesem Raum die drei Staaten jeder aus freien Stücken gleichberechtigt und gleichwertig zusammentun oder wird Algerien, wenn es einmal seine Freiheit gewonnen hat, die Initiative ergreifen und dank seiner starken politischen und wirtschaftlichen Position den Zusammenschluss im Maghreb erwirken?

Die Algerier werden in den Nachbarländern respektiert. Sie haben die stärkste und erfahrendste Armee des gesamten afrikanischen Kontinentes. Sie haben in ihrer Revolution eine breite Führungsschicht herangebildet, die jetzt schon tief in den Verwaltungen Tunesiens und Marokkos Wurzeln gefasst hat. Sie haben in der FLN mit einer provisorischen Regierung (GPRA), einem umfangreichen diplomatischen Korps, einer selbstsicheren Gewerkschaft (UGTA) und einer weitverzweigten Organisation im Inneren Algeriens einen Staatsapparat, wie ihn keiner der Nachbarländer in den letzten fünf Jahren politischer Souveränität aufbauen konnte.

Stärke, die Misstrauen erweckt

Doch gerade diese Stärke weckt Misstrauen. Die Beziehungen zwischen der algerischen und der tunesischen Regierung sind nicht gerade ohne Spannungen. Zu den ersten Reibungen kam es im Juli 1958, als Bourghiba den Franzosen einen Abfluss algerischen Erdöls über tunesischen Boden zugestand. Im Sommer 1961 wollte der tunesische Staatspräsident die Algerier bewegen, einige französische Motive bei den Verhandlungen in Evian zu respektieren. Gleichzeitig beanspruchte er Teile der algerischen Sahara und schwächte so die Position der GPRA bei den Verhandlungen mit Frankreich. Schliesslich löste Bourghiba gerade in den Tagen die Bizertakrise aus, als die FLN Hoffnung auf den zweiten Verhandlungsabschnitt in Lugrin setzte.

Mit der marokkanischen Regierung versteht sich die FLN schon besser. Das dürfte allerdings weniger an politischen Übereinstimmungen als an innenpolitischen Schwächen des marokkanischen Königspalastes liegen. Für die Bewegungsfreiheit in Marokko dankt die FLN der marokkanischen Regierung, indem sie sich gelegentlich als Streikbrecher

gegenüber der marokkanischen Gewerkschaft UMT, dem erbittertesten Feind des Palastes, in innenpolitische Angelegenheiten des Landes einmischte.

Ansonsten hält sich aber die FLN möglichst aus allen internen Spannungen der arabischen und afrikanischen Welt heraus, um sich ganz auf den Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft konzentrieren zu können. Ihre Bereitschaft zur Einigung des Maghreb betont sie seit je, konkrete Pläne legt sie aber so lange nicht vor, wie der Krieg anhält.

#### Meinungsverschiedenheiten

Die Tunesier hatten in den letzten Jahren ernste Meinungsverschiedenheiten mit den Marokkanern. So lange König Mohamed V. lebte, musste Bourghiba noch mit ihm um den Führungsanspruch der stärksten Persönlichkeit im Maghreb kämpfen. Die Republik Tunesien, abhold jedem Feudalismus - stand nicht im gutem Einvernehmen mit dem Königreich Marokko, seitdem dieses versuchte, die neue Republik Mauretania einzuverleiben. Im Osten hatte sich Bourghiba mit Nasser überworfen, weil der ägyptische Staatsmann eigene Führungsansprüche in der arabischen Welt, mithin auch im Maghreb, stellte und die Opposition in Tunesien unterstützte. Diese Spannungen sind seit der Bizertakrise fürs erste gelöst. Bourghiba, der die militärischen Positionen Frankreichs in Tunesien angriff, ohne - wie früher - Bizerta der NATO anzubieten, der nun auch von seinem Freund Kennedy fallengelassen wurde, fand Aufnahme als wiedergewonnener Sohn in der arabischen Familie.

Tunesien ist wie kein anderes Land um eine Einigung des Maghreb bemüht, da es seine Wirtschaft nur in einer Zollunion und Arbeitsteilung mit den Nachbarn entfalten kann. Seine Maghreb-Projekte sind darum eher wirtschaftlich als politisch orientiert.

#### Marokko - Belastung für die Nachbarn

Marokko macht sich den Weg in eine Föderation schwer. So lange Adel und Grossbürgertum das Gesicht dieses Landes prägen, wird es mit seiner starren Religiosität, seinen oft extremen Versuchen der Arabisierung, besonders aber mit seinen schweren innenpolitischen Spannungen, wirtschaftlichen Krisen und chaotischen Zuständen in der Verwaltung eine Belastung für die Nachbarn sein.

Wie immer auch das innere Gefüge der maghrebini-schen Einheit sein wird, sicher ist, dass dieser Raum aussenpolitisch neutral zwischen den Ost- und Westblöcken stehen wird. Seine Politik wird Maßstab für die anderen zentralafrikanischen Länder, weniger aber für die mittel- und ostarabischen Staaten sein. Alle nordafrikanischen Politiker sind darauf bedacht, nach dem Algerienkrieg wieder ein stabiles Verhältnis zu Frankreich zu finden, ohne jedoch Frankreich aussergewöhnliche Vergünstigungen einräumen zu wollen. Es ist zu erwarten, dass die Beziehungen zu den übrigen westlichen Staaten sachlich, wenn auch kühl sein werden. Zu lange haben die Maghrebiner vergessens auf Verständnis ihrer Lage und ihrer Position in der westlichen Welt gehofft, um uns noch vertrauen zu können. Andererseits erwies sich aber auch die Sowjetunion in allen maghrebini-schen Ländern mit ihren Hinhaltungen und verstoßenen Einflussversuchen nicht gerade vertrauenswürdig.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel